

**Seite 1**

- ▶ Kolumne

Seite 2

- ▶ Austeritätspakt
- ▶ Transaktionssteuer

- ▶ Umwelt- und Sicherheitsstandards bei der Öl- und Gasförderung

Seite 3

- ▶ Neues Frontex-Mandat

Seite 4

- ▶ Neues aus Europa
- ▶ Termine
- ▶ Impressum

Liebe Leser, Liebe Leserinnen,

vor zwei Wochen habe ich hier in meiner Kolumne über die Konzeptlosigkeit und das Herumlavieren der Kanzlerin und der gesamten Bundesregierung geschrieben. In der Zwischenzeit hat Vizekanzler und Wirtschaftsminister! Rösler noch einen draufgesetzt und mit seinem von Inkompetenz und Fahrlässigkeit sprühenden Populismus gezeigt, was vom Krisenmanagement der Bundesregierung erwartet werden darf.

Und kaum hat die Kanzlerin ihren Vize zur Raison gebracht, da meldet sich in Form von CSU-Chef Seehofer schon der nächste koalitionsinterne Kritiker. Wie dieser zerstrittene Haufen Europa aus der Krise helfen will, kann ich mir nicht vorstellen.

Den weitverbreiteten Reflex vieler Politiker Schadenfreude über das Scheitern der Konkurrenz zu empfinden kann ich mich jedoch nicht anschließen. In der momentanen Situation ist entschiedenes Handeln gefragt. Bereits im Juli hat die SPD-Spitze der Kanzlerin ihre Unterstützung angeboten, wenn sie sich zu mutigen und kräftigen Signalen entscheiden sollte.

Die S&D Fraktion im Europäischen Parlament hat ambitionierte Anträge gestellt und Vorschläge unterbreitet. Diese beinhalten verschiedene Forderungen: Die Einführung einer Finanztransaktionssteuer, Eurobonds, EU-Projekt-Anleihen, die Ernennung eines Vizepräsidenten der Europäische Kommission für die wirtschafts-, währungs- und finanzmarktbezogenen Verantwortlichkeiten der Kommission.

Wir haben uns ebenso für die Schaf-



Evelyne Gebhardt mit den Mitgliedern der Delegation für die Beziehungen zur Volksrepublik China bei der diesjährigen Delegationsreise in Peking.

fung eines europäischen Finanzministeriums, einer gemeinsamen Fiskalpolitik, eines ausreichend ausgestatteten EU-Budgets, das es ermöglicht, die politische und wirtschaftliche Integration der EU voranzutreiben, eine öffentliche und unabhängige Europäische Ratingagentur, eine Verlagerung von Haushaltsrechten auf die Unionsebene, die Errichtung einer Europäischen Energiegemeinschaft, einer stärkeren Koordinierung der Steuerpolitik und den Kampf gegen schädlichen Steuerwettbewerb, Steuerumgehung, Steuerbetrug sowie Steueroasen auf EU- und internationaler Ebene eingesetzt.

Wir fordern, dass Haushaltskonsolidierungen durch mittel und langfristige Ziele im Sinne der EU2020-Strategie, d.h. Investitionen in die Infrastruktur, öffentliche Investitionen

in Bildung, Forschung und Berufsausbildung, sowie die Einrichtung eines makroökonomischen und sozialen Dialogs begleitet werden.

All diese Forderungen zeigen: es gibt Wege aus der Krise, soziale, nachhaltige und vor allem proeuropäische, allein man muss sich trauen sie zu beschreiten. Unser Ziel muss ein soziales Europa mit einer gemeinsamen Wirtschaftsregierung sein und nicht ein Rückfall in Nationalismus und Kleinstaaterei.

Mit freundlichen Grüßen

Ihre

Evelyne Gebhardt



Evelyne Gebhardt, MdEP

Nr. 9/2011, 22. September 2011

Probleme der Eurozone werden verschleppt Sozialdemokraten kritisieren Vereinbarung über neuen Austeritätspakt und fordern verbindliche Investitionsziele

Konservative und Liberale im EU-Parlament haben sich mit dem Ministerrat über einen neuen Austeritätspakt verständigt. Nach Ansicht der sozialdemokratischen Fraktion werden die eigentlichen Probleme der Eurozone dadurch allerdings nicht gelöst, sondern nur verschleppt. „Wirtschaftspolitische Steuerung muss mehr sein als das Anziehen haushaltspolitischer Daumenschrauben. Um die Krise zu überwinden, brauchen wir verbindliche Absprachen im Bereich der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik, etwa über Investitionsziele oder die überfällige Modernisierung der europäischen Volkswirtschaften“, stellt der SPD-Europaabgeordnete und Fraktionssprecher für Wirtschaft und Währung, Dr. Udo Bullmann, klar.

Einer der wenigen Lichtblicke: wie von der sozialdemokratischen Fraktion gefordert sollen alle Länder mit stark abweichenden Leistungsbilanzen bei der makroökonomischen Überwachung einbezogen werden. „Um Europa wieder auf Wachstumskurs zu bringen, sind alle Mitgliedstaaten gefordert. Länder mit Defiziten müssen ihre Wettbewerbsfähigkeit verbessern,

während Länder mit Überschüssen in der Pflicht stehen, die Binnennachfrage anzukurbeln“, betont Udo Bullmann. Ziel seien nicht Exportüberschüsse auf

Grund von Lohnzurückhaltung, sondern die Stärkung von Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit in Europa.

Die ausschließliche Fixierung von Konservativen und Liberalen auf Haushaltskürzungen greife hingegen zu kurz. „Was dem Pakt fehlt, ist eine gleichermaßen konsequente Überwachung der Wachstums- und Beschäftigungsziele, die im Rahmen der EU2020-Strategie vereinbart wurden“, kritisiert Udo Bullmann. Darüber hinaus sei mehr als fraglich, ob finanzielle Strafen allein das richtige Instrument sind, angeschlagene Volkswirtschaften zu stabilisieren. Schließlich fehlten in den Krisenländern ohnehin schon die Mittel für Investitionen. „Eine nachhaltige Haushaltskonsolidierung ist erst dann möglich, wenn wir gemeinsam aus der Krise herauswachsen“, betont der SPD-Europaabgeordnete abschließend.

Hintergrund:

Die Vorschläge von EU-Wirtschaftskommissar Olli Rehn zur Reform der Eurozone umfassen insgesamt sechs Berichte (Economic Governance Paket - "Six-Pack"). Neben präventiven Maßnahmen und Sanktionen im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspakts geht es unter anderem um die Vermeidung von wirtschaftlichen Ungleichgewichten.

Verursacher der Krise an den Kosten beteiligen Sozialdemokraten begrüßen Ankündigungen der EU-Kommission zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer

Als einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung bezeichnete der SPD-Europaabgeordnete Dr. Udo Bullmann die Ankündigungen der EU-Kommission zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer. „Es ist höchste Zeit, die Verursacher der Krise an den Kosten zu beteiligen. Eine klug ausgestaltete Steuer könnte in der EU bis zu 200 Milliarden Euro jährlich an Einnahmen bringen. Diese Mittel werden dringend benötigt, um Zukunftsinvestitionen anzustoßen“, betonte der sozialdemokratische Fraktionssprecher für Wirtschaft und Währung.

„Das EU-Parlament wird darauf drängen, dass die Umsetzung des Vorschlags nicht auf die lange Bank geschoben wird. Die Krise darf nicht länger alleine von den Bürgern bezahlt werden“, so Bullmann.

Das EU-Parlament hatte sich im März 2011 auf Initiative der sozialdemokratischen Fraktion mit deutlicher Mehrheit für die Besteuerung von Finanztransaktionen ausgesprochen. EU-Steuerkommissar Algirdas Semeta will Anfang Oktober seinen Vorschlag präsentieren.

Nordsee vor Ölpest schützen

Das Europäische Parlament fordert schärfere Umwelt- und Sicherheitsstandards bei der Öl- und Gasförderung. Eine entsprechende Initiative zum Schutz der Meere hat das Europäische Parlament am Dienstag 13. September in Straßburg verabschiedet.

Dazu erklärte der SPD-Europaabgeordnete Matthias Groote, Mitglied des Umweltausschusses: „Die Europäische



Agentur für die Sicherheit des Seeverkehrs (EMSA) soll sich künftig auch um Meeresverschmutzungen kümmern. Damit erreicht der Schutz der Meere vor Öl- und Gasunfällen endlich den nötigen hohen Stellenwert.“ Gleichzeitig fordert das EU-Parlament, EMSA finanziell und personell für diese Aufgabe fit zu machen. Die EU-Kommission, die im September ein umfangreiches Gesetzespaket für die Offshore-Förderung vorlegen wird, „darf diese Punkte auf keinen Fall außer Acht lassen“, betonte Matthias Groote.

Das EU-Parlament zieht mit seinem Bericht die Lehren aus der Ölpest im vorigen Jahr im Golf von Mexiko. Auch in der Nordsee und anderen europäischen Meeren wird nach wie vor Öl gefunden, wie jüngst vor Norwegen. Aktuell werden 90 Prozent des Öls und 60 Prozent des Gases in Europa auf See gefördert.

Matthias Groote: „Wir fordern, dass ohne Umweltgutachten und Notfallpläne Betreiber von Öl- und Gasplattformen keine Förderlizenzen mehr bekommen sollen. Sie müssen Gefahrenquellen nennen, die Auswirkungen von Umweltverschmutzungen aufzeigen und darlegen, wie sie auf einen Unfall reagieren wollen.“

Eine weitere entscheidende Änderung: Öl- und Gaskonzerne müssen ausreichende Finanzreserven oder einen Versicherungsschutz nachweisen, um für Umweltschäden haften zu können. „Leider hat die konservative EVP-Fraktion, der auch die CDU/CSU-Abgeordneten angehören, es abgelehnt, die Haftungsobergrenze für Verschmutzungsverursacher aufzuheben. Die

konservative Blockade bedeutet letztlich aber, dass der Steuerzahler in solchen Fällen die Haftung trägt“, so Matthias Groote abschließend.

Neues Frontex-Mandat: Rechte der Flüchtlinge besser schützen

Die EU-Grenzschutzagentur Frontex wird mit einem neuen überarbeiteten Mandat gestärkt. Entsprechende Änderungen am derzeitigen Mandat der Agentur hat das Plenum des Europäischen Parlaments am 13. September 2011 in Straßburg angenommen. Vertreter aus Parlament, Kommission und der ungarischen Ratspräsidentschaft hatten sich zuvor in Trilogverhandlungen bereits auf eine Stärkung der Agentur einigen können.

Birgit Sippel, SPD-Europaabgeordnete und Mitglied des Innenausschusses: „Immer wieder wird bei Frontex-Einsätzen Kritik wegen Menschenrechtsverletzungen erhoben. Das zeigt, dass klare Leitlinien, eine höhere Transparenz und eine parlamentarische Kontrolle der Agentur unbedingt notwendig sind. Mit dem neuen Mandat wird die Agentur entsprechend gestärkt, damit sie in Notfällen direkt eingreifen und das Leben von Flüchtlingen retten kann. Nur so stellen wir sicher, dass der Schutz von Flüchtlingen und ihr Anrecht auf Asyl gewahrt werden.“

In zähen Verhandlungen mit Rat und Kommission ist es dem Parlament gelungen, seine Forderungen im Bereich der Menschenrechte durchzusetzen. So

wird ein Sonderinspekteur gewährleisten, dass die EU-Grundrechte bei Einsätzen der Grenzschutzagentur gewahrt bleiben. Darüber hinaus soll ein Konsultationsforum eingerichtet werden, das den Direktor und den Verwaltungsrat in Grundrechtsfragen unterstützt. Wenn es zu schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen kommt, schreibt das neue Mandat Frontex vor, Einsätze abubrechen.

Kritisch beurteilt die Sozialdemokratin, dass Frontex künftig eigenständig Verträge mit Drittstaaten abschließen darf, zum Beispiel zu Rückführungsregeln. „Im Rahmen des Grenzschutzes darf es keine Zusammenarbeit zwischen Frontex und Drittstaaten geben, in denen den Flüchtlingen weitere Verfolgung, Folter oder die Todesstrafe drohen. Auch Abschiebungen von Flüchtlingen durch Frontex-Boote auf Hoher See müssen gestoppt werden. Stattdessen muss die Agentur dafür sorgen, dass Schutzbedürftige ihr Anrecht auf ein faires Asylverfahren wahrnehmen können“, so Birgit Sippel.

Abzuwarten bleibe auch, was mit den Daten geschieht, die Frontex demnächst bei Einsätzen sammeln und verarbeiten darf. Denn diese Daten dürften nicht zum Nachteil schutzbedürftiger Personen verwendet werden. „Eine Flüchtlingspolitik, die nur auf massive Abschottung zielt und keinerlei gemeinsame Perspektiven kennt, lehnen wir ab. Stattdessen muss die EU Hilfe in Situationen leisten, in denen die Asylsysteme und Aufnahmekapazitäten der EU-Mitgliedstaaten unter besonderem Druck stehen“, so Birgit Sippel abschließend.



Neues aus Europa

Simulation Europäisches Parlament 2011

Zum dreizehnten Mal organisiert die Junge Europäische Bewegung dieses Jahr ihre beliebte Simulation Europäisches Parlament (SIMEP) und lädt dazu insgesamt 400 Schüler/innen der 11. bis 13. Klassen in den Bundestag und das Berliner Abgeordnetenhaus ein. Wie bereits im letzten Jahr werden aufgrund des großen Interesses zwei Simulationen veranstaltet: die SIMEP¹ am 30. & 31. Oktober und die SIMEP² am 20. & 21. November. Die Schirmherrschaft übernimmt Herr Walter Momper, Präsident des Berliner Abgeordnetenhauses. Gefördert wird die SIMEP auch in diesem Jahr durch das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung und unterstützt u.a. von Dr. Jürgen Zöllner, Senator für Bildung, Wissenschaft und Forschung in Berlin sowie von Frau Dr. Martina Münch, Ministerin für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg.

Ziel der beiden zweitägigen Simulationsspiele ist es, den Teilnehmer/innen parlamentarische Abläufe näher zu bringen und sie mit (europa-)politischer Arbeit vertraut zu machen. Unter dem Motto „Europa, wir greifen nach den Sternen!“ schlüpfen die Jugendlichen für jeweils zwei Tage in die Rolle von Europaabgeordneten und diskutieren in Fraktionen, Ausschüssen sowie im Plenum drei aktuelle europapolitische Themen. Dieses Jahr stehen europäische Migrations- und Wirtschaftspolitik sowie Verbraucherschutz auf

dem Programm. Der Erfolg dieses einmaligen europapolitischen Bildungsprojekts hängt jedoch entscheidend davon ab, ob sich ausreichend Schüler/innen und Schulklassen anmelden.

Die Teilnahme ist kostenlos und erfordert keine Vorkenntnisse. Das Anmeldeformular sowie alle Informationen finden sich online unter www.simep.eu. Um schnelle Anmeldung wird gebeten, da die Teilnehmerzahl begrenzt ist.

Wer lieber einen Blick hinter die Kulissen werfen will kann sich als Helfer/Helferin anmelden. Oder aber als Journalist um über die SIMEP zu berichten. Noch während der SIMEP entsteht eine Zeitung mit den Artikeln junger Schreiber.

Terminhinweise

23. Sept. 2011, 20.15 Uhr
Was? Podiumsdiskussion zum Thema „Europa ohne Ziele und Werte?“ der Europa Union
Wo? Evangelische Akademie Bad Boll

24. Sept. 2011 18.30 Uhr
Was? Podiumsdiskussion zum zukünftigen Ausrichtung der erneuerbaren Energien
Wo? Landesenergietage Crailsheim

5. Oktober 2011, 19.00 Uhr
Was? Diskussionsveranstaltung zu Dienstleistungskonzessionen
Wo? Ständige Vertretung der Hansestadt Hamburg und des

Landes Schleswig Holstein, Brüssel

8. Oktober 2011, 16.00
Was? Finnissage der Ausstellung „Griechen in Hohenlohe“
Wo? Stadtmuseum Künzelsau

14/15. Oktober 2011
Was? Landesparteitag
Wo? Offenburg

21. Oktober 2011, 18.00 Uhr
Was ? Podiumsdiskussion zum Thema „Europa der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer“
Wo? Neckarsulm

25. Oktober 2011, 9.00 Uhr
Was? Besuchergruppe des ASF Schwäbisch-Hohenlohe
Wo? Straßburg

27. Oktober 2011, 12.00 Uhr
Was? Besuchergruppe der gewerblichen Schule Waldshut
Wo? Straßburg

Impressum

Redaktion: Evelyne Gebhardt und Moritz Kempfel

Europabüro
Keltergasse 47
74653 Künzelsau
Tel.: 0 79 40 – 5 91 22
Fax: 0 79 40 – 5 91 44
EGebhardt.MdEP@t-online.de

Europäisches Parlament
60, rue Wiertz
B-1047 Brüssel
Tel.: 00 32 – 22 84 – 74 66
Fax: 00 32 – 22 84 – 94 66
Evelyne.Gebhardt@europarl.europa.eu